

PRESSEMITTEILUNG

Nr.
01.04.2009

Berufsbildungsbericht dokumentiert Scheitern der Bundesregierung - Grüne wollen Recht auf Ausbildungsplatz umsetzen

*Zum heute im Kabinett beschlossenen Berufsbildungsbericht erklärt **Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin:*

Der aktuelle Berufsbildungsbericht zeigt zwar unendlich viele Einzelmaßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur Berufsvorbereitung auf. Gerade daran wird aber auch deutlich, dass der Flickenteppich unterschiedlichster Programme, die nicht aufeinander abgestimmt sind, keinen Erfolg bringt. Nach wie vor finden hunderttausende Altbewerber keine Lehrstelle und die Warteschleifen wurden nicht beseitigt. Damit werden über 3 Mrd. Euro verschleudert, die besser in einer Neustrukturierung der Berufsausbildung angelegt wären. Die Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor nicht einmal halb so gut wie die ihrer Altersgenossen – ein klares Scheitern der Migrantenförderung der Bundesregierung.

Nur die bessere Konjunktur und das Anwachsen des Übergangssystems haben dazu geführt, dass es nicht noch mehr unversorgte Bewerber gibt. Darüber hinaus zeigt die Prognose des Berufsbildungsberichts, dass in Zukunft eine Reduzierung des Ausbildungsplatzangebotes wahrscheinlich ist. Damit bleibt für viele Jugendliche der Eintritt ins Erwerbsleben weiter verschlossen, was zu Frust und Demotivation führt. Auch der Ausbildungsbonus, noch letztes Jahr von der Bundesregierung groß als Heilsbringer angekündigt, verspricht keinen Erfolg, sondern produziert höchstens Mitnahmeeffekte.

Wir Grüne wollen das Recht auf einen Ausbildungsplatz endlich durchsetzen und werden dazu einen Antrag in die Debatte um den Berufsbildungsbericht in den Bundestag einbringen. Darin fordern wir:

- Das duale System muss durch überbetriebliche Ausbildungsstätten als drittem Lernort neben Betrieb und Berufsschule ergänzt werden. Damit wird es auch kleineren oder spezialisierten Betrieben leichter möglich sein, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Schwächeren Jugendlichen soll eine Verlängerung der Ausbildung durch eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes ermöglicht werden. Lernstärkere Jugendliche sollen durch zusätzliche Module gleichzeitig mit dem Berufsabschluss die Hochschulreife erlangen.
- Kein Ausbildungsschritt darf mehr ohne Anerkennung bleiben, dafür muss die Ausbildung in bundesweit anerkannten Ausbildungsbausteinen erfolgen. Vollschulische Ausbildungen müssen über das Jahr 2012 hinaus als gleichwertig anerkannt werden und mit einem Kammerabschluss enden.
- Das Nachholen von Schulabschlüssen und der begleitete Übergang in eine betriebliche Ausbildung können am besten in Produktionsklassen stattfinden.

Beschluss

DualPlus - Recht auf Ausbildung faktisch umsetzen, Übergang von Schule in Beruf verbessern (Oktober 2008) (<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dok/254/254144@de.html>)

Ohne Bildung? Keine Chance! (September 2008)

(<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dok/250/250736@de.html>)

Initiativen

Vergaberecht reformieren – Rechtssicherheit schaffen - Eckpunkte für die Reform des Vergaberechts
(Antrag) (<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dokbin/228/228560@de.pdf>)

Ausbildungsquote der DAX-Unternehmen weit unter dem Durchschnitt (Umfrage)
(<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dok/237/237523@de.html>)

Zum Thema

DualPlus - Recht auf Ausbildung faktisch umsetzen, Übergang von Schule in Beruf verbessern
(Fraktionsbeschluss Oktober 2008) (<http://www.priska-hinz.de/cms/default/dok/254/254144@de.html>)